



LANDKREIS
ERDING

PROTOKOLL

öffentlich

Büro des Landrats
BL

Alois-Schieß-Platz 2
85435 Erding

Ansprechpartner/in:
Claudia Kirmeyer

Zi.Nr.: 209

Tel. 08122/58-1129
Fax 08122/58-1109
claudia.kirmeyer@lra-
ed.de

Erding, 17.02.2012
Az.:

16. Sitzung des Kreistages am 15.12.2011

Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:

Dr. Bauer, Thomas	ab 15.00 Uhr
Baumgartner, Gabriele	
Bauschmid, Friedrich	
Becker, Manfred	
Bendl, Roswitha	
Biller, Josef	
Borgo, Rudolf	
Dieckmann, Ulla	
Eichinger, Gertrud	
Els, Georg	
Empl, Korbinian	
Fischer, Siegfried	
Glaubitz, Stephan	
Gotz, Maximilian	
Gruber, Michael	
Grundner, Heinz	
Haindl, Sebastian	
Hartl, Anni	
Heilmeier, Georg	ab 14.50 Uhr



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Hofstetter, Franz Josef
Huber, Martin
Jobst, Karl Heinz
Kellermann, Otto
Knur, Herbert
Kruppa, Pamela
Kubo, Reinhard Dr.
Kuhn, Günther
Lackner, Helmut
Mayr, Elisabeth
Mehringer, Rainer
Meister, Michaela
Mittermaier, Georg
Oberhofer, Michael
Parthier, Nadja
Patschky, Jürgen
Peis, Hans
Rübensaal, Siegfried
Scharf, Ulrike
Schlehuber, Anton
Schmidt, Horst
Schwimmer, Hans
Schwimmer, Jakob
Seeger, Hannelore
Slawny, Manfred
Steinberger, Friedrich
Sterr, Josef
Treffler, Stephan
Trinkberger, Helmut
Utz, Peter
Vogelfänger, Cornelia

bis 16.05 Uhr

Ways, Rudolf
Wegmaier, Alexander
Wiesmaier, Hans



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

sowie als Vorsitzender:
Landrat Martin Bayerstorfer

von der Verwaltung:
Fuchs-Weber Karin
Fischer Heinz
Kaltenbach Christine zu TOP 2
Preuße Ruth zu TOP 2
Wirth Harald zu TOP 3
Helfer Helmut zu TOP 6, 7, 8
Hopfensperger Maximilian zu TOP 6, 7, 8
Mayer Elfriede
Kirmeyer Claudia (Protokoll)
Centner Christina

Ferner nehmen teil:

Herr Vögele von der Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft im
Landkreis Erding mbH



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Vor Eintritt in die Tagesordnung dankt der Vorsitzende der langjährigen Sachbearbeiterin im Sitzungsdienst Elfriede Mayer für ihr großes Engagement. Frau Mayer führt heute zum letzten Mal das Protokoll in der Sitzung eines Kreistages. Er bedankt sich mit einem Blumenstrauß für ihre 21-jährige Tätigkeit im Büro Landrat, die hervorragende Führung der Protokolle, die professionelle Vorbereitung der Sitzungen und die Abrechnung der Sitzungsgelder gemeinsam mit den Fraktionen. Gleichzeitig stellt er Frau Kirmeyer als neue Sachbearbeiterin im Sitzungsdienst vor.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde und Beschlussfähigkeit besteht. Ergänzungs- oder Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Somit gilt folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil:

1. Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft im Landkreis Erding;
Bericht
Vorlage: 2011/0943/1
2. Hilfeplan für Menschen mit Behinderung - 4. Fortschreibung 2011
Vorlage: 2011/0952
3. Aufhebung der Kreisbildstellensatzung
Vorlage: 2011/0968
4. Neubesetzung von Ausschüssen
Vorlage: 2011/0970/1
5. Antrag der ödp - Neubesetzung der Ausschüsse
Vorlage: 2011/0976
6. Palliativmedizin im Landkreis Erding
Genehmigung der Geschäftsanteilsabtretung
Vorlage: 2011/0924/1
7. Feststellung und Entlastung für den Jahresabschluss 2009 "DSD
Landkreis Erding"
Vorlage: 2011/0974
8. Haushaltsberatung 2012
Vorlage: 2011/0971
9. Bekanntgaben und Anfragen
- 9.1. Ehrungen für KR Utz und KR Kuhn



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

- 9.2. Antrag auf Errichtung einer staatlichen Fachakademie im Landkreis Erding
- 9.3. Digitalfunk im Landkreis Erding
- 9.4. Appell von Kreisrätin Mayr wegen Unterschriftenliste gegen Flächenverbrauch
- 9.5. Anfrage von Kreisrätin Eichinger zur Verschiebung von Sitzungsterminen
- 9.6. Anfrage von Kreisrätin Meister wegen Fortschreibung Jugendhilfepl

I. Öffentlicher Teil der Sitzung des Kreistages am 15.12.2011

1. Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft im Landkreis Erding; Bericht Vorlage: 2011/0943/1

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Vögele von der Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft und bittet ihn um Ausführungen.

Herr Vögele erklärt zur Gewinn- und Verlustrechnung der Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft dass die Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung im Jahr 2010 1,164 Mio. € betragen. Die Schulddienstbeihilfen des Landkreises konnten deutlich reduziert werden. Durch einen reduzierten Leerstand konnten Erlösschmälerungen von 42.368,17 € im Jahr 2009 auf 15.773,81 € im Jahr 2010 reduziert werden. Der Leerstand beträgt unter 2%. Unter Ziffer 8, sonstige betriebliche Aufwendungen ergibt sich eine Steigerung von 77.596,95 € auf 141.727,17 €. Es handelt sich um Leistungen, die vom Landratsamt geleistet und dann in Höhe von ca. 70.000 € im November diesen Jahres zurückgestellt wurden. Unter Ziffer 13 ist eine leichte Reduzierung der Zinsen erkennbar, ein Darlehen konnte mit entsprechend reduziertem Zinssatz abgeschlossen werden. Es gab eine Reduzierung des Jahresüberschusses auf 7.832 €. Davon wurden 783, 21 € in die gesellschaftsvertragliche Rücklage eingestellt. Bereinigt um die Schuldendienstbeihilfe, sind die Umsatzerlöse unter Ziffer 2.von 2009 auf 2010 um 23.597 € angestiegen, dies resultiert aus einem reduzierten Leerstand. Insgesamt betrug der Fehlbetrag ohne Schuldendienstbeihilfe 86.000 € im Jahr 2009 zu 40.900 € im vergangenen Jahr. Die Prüfungsgesellschaft hat ihre uneingeschränkte Zustimmung gegeben.

Kreisrat Schmidt hält die Arbeit der Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft für zu würdigen. Die Mietpreise und die Wohnsituation im Landkreis entwickeln sich aber ungemein negativ. Insofern wäre es gut wenn die Gesellschaft einen Vorschlag macht, um weiterhin preisgünstige Wohnungen zu ermöglichen.

Der Vorsitzende sieht diese Aussage auch als Aufforderung an die Bürgermeister, Grundstücke mit entsprechenden Belegungsrechten durch die

jeweilige Gemeinde zur Verfügung zu stellen. Die Vorhaben werden dann geprüft und wenn sie erfolgversprechend sind auch umgesetzt.



Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, verliert der Vorsitzende folgenden Beschlussvorschlag.

LANDKREIS
ERDING

KT/0092-14

Der Bericht über die Geschäftstätigkeit der Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft im Landkreis Erding mbH wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Büro des Landrats
BL

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 50: 0 Stimmen**
(Ohne Kreisrat Bauer, Kreisrat Heilmeyer, Kreisrat Schlehuber, Kreisrat Mehringer)

2. Sozialwesen
Hilfeplan für Menschen mit Behinderung –
4. Fortschreibung 2011
Vorlage: 2011/0952

Der Vorsitzende verweist auf den versandten Vorlagebericht und bittet Frau Preuße und Frau Kaltenbach um weitere Ausführungen.

Frau Preuße erklärt, dass den sozialen Trägern und damit auch dem Landkreis die Verantwortung einer Bereitstellung für die Möglichkeit einer Inanspruchnahme von sozialen Einrichtungen und Diensten in der Behindertenhilfe obliegt. Die mit den Verhältnissen vor Ort bestens vertrauten Kommunen können so präzise auf die jeweilige Bedarfslage reagieren. Besonders in den letzten Jahren ist der Gedanke immer mehr gewachsen, dass für Menschen mit Behinderungen die Möglichkeit der Integration und Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft gefördert und gestärkt wird. Im Landkreis Erding wird dieser Gedanke bereits gelebt. Das zeigt sich zum Beispiel am S-Bahnhof Ottenhofen, der durch aufwändige Umbaumaßnahmen barrierefrei geworden ist. Diese Entwicklung setzt sich auch beim ÖPNV fort, weil immer mehr Busunternehmen barrierefreie Fahrzeuge einsetzen. Die Intention von vielen Instandsetzungen bei Schulen ist derzeit in aller Munde. Die Befürworter der Inklusion betrachten die Vielfalt der Kinder als eine Gelegenheit. Sie plädieren dafür, dass jede Schule die Bildungs- und Erziehungsbedürfnisse aller Kinder zu befriedigen hat und gehen davon aus, dass dies auch möglich ist. Im Landkreis Erding gibt es derzeit eine Inklusionsschule (Grund- und Hauptschule am Grünen Markt), die z.B. über ein zusätzliches Stundenkontingent verfügt und nach Umbau barrierefrei ist. Des Weiteren gibt es 19 Kooperationsklassen an verschiedenen Schulen im Landkreis Erding. Der Bereich der Hilfen für Menschen mit körperlichen und geistigen Einschränkungen verändert sich stetig. Die 4. Fortschreibung des Hilfeplans für Menschen mit Behinderungen wird heute vorgestellt. In ihm sind die zuletzt 2009 vorgelegten Ergebnisse unter Einbeziehung der zwischenzeitlich erfolgten Neuerungen aktualisiert und inhaltlich weiterentwickelt. In seiner Sitzung vom 20.07.2011 hat sich der Kreisausschuss bereits mit dem Hilfeplan beschäftigt. Anschließend wurde das Benehmen mit den Städten und Gemeinden, den Trägern der Pflegeeinrichtungen, der Arbeitsgemeinschaft

der Pflegekassen und dem Bezirk Oberbayern hergestellt. Redaktionelle Ergänzungen wurden in den Hilfeplan eingearbeitet.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Kreisrat Dr. Kubo betont, dass durch den Hilfeplan Menschen mit Behinderungen wirklich Hilfe erhalten und nicht im Regen stehen gelassen werden. Er stellt bezüglich der Werkstätte für Behinderte in der Siglfinger Straße fest, dass von den 177 vorhandenen Plätzen 77 mit Menschen von außerhalb des Landkreises besetzt sind. Im Jahr 2009 lag die Fremdbelegung noch bei 20 Personen an insgesamt 136 Plätzen. Er möchte wissen, woher diese Zunahme kommt und ob damit zusätzliche Kosten für den Landkreis Erding verbunden sind.

Frau Preuße antwortet, dass auch außerhalb des Landkreises Erding Plätze benötigt werden. Wenn Kapazitäten frei sind, werden diese natürlich auch genutzt.

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Landkreis nicht der Kostenträger der Werkstätte für Behinderte ist.

Kreisrat Dr. Kubo weist darauf hin, dass Menschen mit Behinderungen am öffentlichen Leben teilnehmen können sollen. Er bittet, auf die Verwendung von Kopfsteinpflaster auf den Gehwegen und Straßen in Rücksichtnahme auf Menschen in Rollstühlen oder mit Rollator zu verzichten. Zusätzlich weist er darauf hin, dass durch übermäßiges Trinken von Alkohol im Jahr 2009 in der Bundesrepublik Deutschland rund 40.000 Menschen starben, durch Nikotin-Abusus ca.110.000 Menschen und durch den Gebrauch von illegalen Drogen 1477 Menschen. Da laut Definition auch Menschen mit Suchtkrankheiten als seelisch wesentlich behindert eingestuft werden, sollte Alles unternommen werden, dass Jugendliche und junge Menschen davor bewahrt werden. Gemeint ist nicht nur das Komasaufen sondern insbesondere das gewohnheitsmäßige Trinken. Wenn jetzt weggeschaut wird, ist zu befürchten, dass in 15 bis 20 Jahren die Zahl der Menschen mit seelischer Behinderung in Folge von Suchtkrankheit stark zunimmt.

Kreisrätin Dieckmann bedankt sich für die genaue Ausarbeitung der Fortschreibung für den Hilfeplan für Menschen mit Behinderungen. Sehr positiv findet sie, dass am Landratsamt jetzt mehr freie Stellen für Menschen mit Behinderungen zur Verfügung stehen als verpflichtend. Sie stellt fest, dass allerdings auf dem freien Markt im Vergleich zu den Vorjahren immer weniger freie Stellen für Menschen mit Behinderungen vorhanden sind. Immer, wenn die Wirtschaft nicht mehr so sehr boomt, wird an Menschen mit Behinderungen gespart. Hier muss noch einiges getan und in die Öffentlichkeit gebracht werden. Davon profitiert die gesamte Firma, auch im menschlichen Umgang miteinander. Im Strukturausschuss wurde bereits angesprochen, das Angebot für Menschen mit Behinderungen im ÖPNV weiter auszubauen, z.B. durch barrierefreie Busse. Dieser Aspekt sollte auch im Straßenbau mehr berücksichtigt werden. Auch an den Schulen muss in den nächsten Jahren noch einiges getan werden. Gefehlt hat, dass alle Fraktionen im Sommer eine Arbeitsgruppe zum Thema Inklusionsgesetz gegründet haben, das sollte noch aufgenommen werden. In dem Inklusionsgesetz ist auch der Erhalt der Förderschulen als Kompetenzzentren und Kooperationsklassen sowie Modellschulen wie die



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Grundschule am Grünen Markt aufgeführt. Zudem fehlt ihr die Aufführung des Ehrenamtes, da ohne das Engagement vieler Ehrenamtlicher in Einrichtungen speziell für Behinderte vieles nicht möglich wäre. Der Bundesfreiwilligendienst versucht jetzt, das Wegfallen des Zivildienstes aufzufangen, das hat Einschnitte, z.B. bei den Fahrdiensten gebracht. Im Gespräch mit einem Leiter einer derartigen Einrichtung erfähr sie, dass für alte oder inkontinente Menschen nicht länger die besseren Windeln von den Krankenkassen bezahlt werden. Man muss sich für seine Mitmenschen einsetzen.

Kreisrat Gotz merkt zum Thema Pflastersteine an, dass diese zwar auch aus Kostengründen normalerweise nicht gewünscht werden, die Stadt Erding wird aber im Rahmen der Städtebauförderung sogar dazu gezwungen. Die Förderung wird sonst nicht gewährt oder muss sogar zurückbezahlt werden. Bezüglich des Diskussionspunktes Barrierefreiheit stellt er fest, dass gewisse Kanten bewusst gesetzt werden, z.B. für Blinde oder Sehbehinderte.

Kreisrat Hofstetter unterstützt die Aussagen von Kreisrätin Dieckmann und Kreisrat Dr. Kubo. Er bittet, die Aufgaben aber zunächst anhand der Zuständigkeit zu betrachten. In Bezug auf die heutige Haushaltsdiskussion merkt er an, dass der Bezirk seit dem Jahr 2008 in Gänze für den Bereich Eingliederungshilfe zuständig ist. Dafür werden in Oberbayern 650 Mio. € ausgegeben. Die Erhöhung der Bezirksumlage um 1,1 % betrifft den Landkreis und die Kommunen. Forderungen werden zu Recht gestellt, dann soll aber nicht kritisiert werden, dass die Bezirksumlage zu hoch ist. Es müssen beide Seiten gesehen werden. Immer mehr Menschen sind auf Hilfe angewiesen, wenn es darum geht, in der Gesellschaft ihren Platz zu finden. Jeder muss an seiner Stelle das Nötige dazu tun.

Es ergeben sich keine weiteren Wortmeldungen. Daraufhin verliest **der Vorsitzende** folgenden Beschlussvorschlag:

KT/0093-14

1. Der Hilfeplan für Menschen mit Behinderung, 4. Fortschreibung 2011, wird entsprechend dem in der Anlage beigefügten Entwurf zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Bedarfsbewertung wird entsprechend der Planung festgestellt.
2. Der Hilfeplan ist alle zwei Jahre zu aktualisieren und den Gremien zur Beratung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 50: 0 Stimmen**
(ohne KR Bauer, Heilmeier, Hofstetter, Mehringer)



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

3. Kreisbildstelle **Aufhebung der Kreisbildstellensatzung** **Vorlage: 2011/0968**

Der Vorsitzende verweist auf den versandten Beschlussvorschlag und bittet Herrn Wirth um Ausführungen, warum die Satzung der Kreisbildstelle aufgehoben werden soll, nicht aber die Kreisbildstelle selbst.

Herr Wirth erklärt, dass die Kreisbildstelle durch das Kreisrechnungsprüfungsamt geprüft wurde. Aus dem Jahr 1970 existiert noch eine Kreisbildstellensatzung. Darin werden inhaltliche Dinge, wie die pädagogische Aufgabe der Kreisbildstelle, die technischen Sammlungsaufgaben und das Verfahren zur Bestellung des Leiters unter Anhörung des Schulrats und Bestellung durch den Kreisausschuss. Die Vergabe wurde aber in dieser Form nicht vollzogen. Die Kreisbildstelle kommt im Vergleich mit anderen Kreismedienzentren mit einem sehr schmalen Budget aus. Frau Karmann ist als Teilzeitkraft beschäftigt, die Arbeit läuft sehr gut. Nach dem vorhandenen Kenntnisstand sind die Nutzer auch mit dem Angebot zufrieden. Da das Kreismedienzentrum also reibungslos funktioniert, kann die Satzung aufgehoben werden. Dies bedeutet aber keine Aufhebung des Kreismedienzentrums.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, verliert **der Vorsitzende** folgenden Beschlussvorschlag:

KT/0094-14

Die Kreisbildstellensatzung vom 18.01.1960, zuletzt geändert am 01.01.1970, wird mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 52 : 0 Stimmen**
(Ohne KR Bauer, Heilmeyer)

4. Kreisorgane **Neubesetzung von Ausschüssen** **Vorlage: 2011/0970/1**

Der Vorsitzende erklärt die Änderungen auf Grund der Austritte der Kreisräte Knur und Haindl aus der CSU Fraktion. Damit gilt es, ein ordentliches Mitglied sowie einen weiteren Stellvertreter im Kreisausschuss und ein ordentliches Mitglied und einen weiteren Stellvertreter im Ausschuss für Bauen und Energie zu besetzen.

Kreisrat Schmidt bittet um Erläuterung, warum es bei den anderen Institutionen zu keiner Veränderung der Besetzung kommt.

Der Vorsitzende erklärt, dass das Vortragsrecht des Kreistages bei den sogenannten Entsendungen keinen Bestand hat. Die Beurteilung erfolgt nicht nach der Geschäftsordnung des Kreistages sondern nach der Satzung der jeweiligen Unternehmung. Diese Satzungen sehen keine Umstellungen vor, die Entsendung erfolgt durch den gesamten Kreistag, das Mandat läuft über die gesamte Wahldauer. Das gilt z. B. für den Geowärme-, den Sparkassenzweckverband, das Kommunalunternehmen Kran-

kenhaus oder die Vertretung im Bayerischen Landkreistag. Er verliert folgenden Beschlussvorschlag nach den Vorschlägen der CSU-Fraktion:



KT/0095-14

Dem Vorschlag der CSU-Fraktion folgend, werden die Ausschüsse wie folgt besetzt:

LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Kreisausschuss

Ordentliches Mitglied: Hans Wiesmaier

1. Stellvertreter: Franz Hofstetter

2. Stellvertreter: Manfred Becker

Ordentliches Mitglied: Ulrike Scharf

1. Stellvertreter: Alex Wegmaier

2. Stellvertreter: Anton Schlehuber

Ordentliches Mitglied: Jakob Schwimmer

1. Stellvertreter: Hans Peis

2. Stellvertreter: Hans Schwimmer

Ausschuss für Struktur, Verkehr und Umwelt

Ordentliches Mitglied: Helmut Lackner

1. Stellvertreter: Dr. Thomas Bauer

2. Stellvertreterin: Ulrike Scharf

Ausschuss für Bauen und Energie

Ordentliches Mitglied: Georg Heilmeier

1. Stellvertreterin: Pamela Kruppa

2. Stellvertreter: Josef Sterr

Ordentliches Mitglied: Willi Vogl

1. Stellvertreter: Josef Biller

2. Stellvertreter: Hans Peis

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 52 : 0 Stimmen**
(Ohne Kreisrat Bauer, Kreisrat Heilmeier)

5. Kreisorgane

Antrag der ödp - Neubesetzung der Ausschüsse

Vorlage: 2011/0976

Der Vorsitzende verliert folgenden Beschlussvorschlag:

KT/0096-14

Dem Vorschlag der ÖDP-Kreistagsfraktion folgend, werden die Ausschüsse wie folgt besetzt:

Ausschuss für Struktur, Verkehr und Umwelt

Ordentliches Mitglied: Karl Heinz Jobst

Stellvertreter: Helmut Trinkberger

weiterer Stellvertreter: Roswitha Bendl



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Ausschuss für Bauen und Energie

Ordentliches Mitglied: Helmut Trinkberger
Stellvertreter: Karl Heinz Jobst
weiterer Stellvertreter: Stephan Treffler

Ausschuss für Bildung und Kultur

Ordentliches Mitglied: Roswitha Bendl
Stellvertreter: Stephan Treffler
weiterer Stellvertreter: Karl Heinz Jobst

Kreisausschuss

Ordentliches Mitglied: Stephan Treffler
Stellvertreter: Roswitha Bendl
weiterer Stellvertreter: Helmut Trinkberger

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 52 : 0 Stimmen**
(Ohne Kreisrat Bauer, Kreisrat Heilmeier)

6. Palliativmedizin im Landkreis Erding Genehmigung der Geschäftsanteilsabtretung Vorlage: 2011/0924/1

Der Vorsitzende erinnert an den Kreistagsbeschluss vom 14.03.2011, die spezialisierte Palliativversorgung der PalliativTeam Erding GmbH zu fördern und, nach der Prüfung des Vorhabens durch die Regierung von Oberbayern, Gesellschafter an der GmbH mit einer Stammeinlage in Höhe von 5000 € zu werden. Die Überprüfung durch die Regierung von Oberbayern hat in der Zwischenzeit stattgefunden und die Möglichkeit einer solchen Teilnahme bestätigt weil die Gebietskörperschaft landkreisweit identisch ist. Die Ambulanzversorgung liegt im Hinblick auf Überleitungen durchaus im Bereich eines stationären Gesundheitswesens. Eine Zusammenarbeit ist durchaus sinnvoll. Nachdem sich keine Wortmeldungen ergeben, verliest er folgenden Beschlussvorschlag:

KT/0097-14

Der gesamte Inhalt der Urkunde vom 25.07.2011, URNr. 1549/2011, der Notarin Olk, Erding, wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 54 : 0 Stimmen**

7. Haushaltswesen Feststellung und Entlastung für den Jahresabschluss 2009 "DSD Landkreis Erding" Vorlage: 2011/0974

Der Vorsitzende verweist auf den versandten Beschlussvorschlag und bittet Herrn Helfer um weitere Ausführungen.

Herr Helfer erklärt, dass der Landkreis Erding mit seinem Betrieb DSD einen Betrieb gewerblicher Art unterhält. Der Abschluss wird jedes Jahr durch den kommunalen Prüfungsverband geprüft. Das Ergebnis des Jahres 2009 schließt mit einem Jahresverlust von 27.626,67 €. Grund dafür



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

ist der Beschluss des Kreistages im letzten Jahr, die Rücklagen mit den Forderungen des Landkreises zu verrechnen. Der Beschluss wurde damals vor dem Hintergrund gefasst, dass der Betrieb DSD gegenüber dem Landkreis eine Forderung hatte, die dieser beglichen hat. Der Betrieb DSD musste durch seine Forderung beim Finanzamt Zinsen für nicht vorhandenes Geld zahlen. Daraufhin wurde unter Einwilligung des Kommunalen Prüfungsverbandes vorgeschlagen, die Rücklagen mit den Forderungen zu verrechnen und dem Landkreis dadurch erhebliche Zinszahlungen einzusparen.

Der Vorsitzende verliest folgenden Beschlussvorschlag, nachdem sich keine Wortmeldungen ergeben:

KT/0098-14

Der Jahresabschluss 2009 „DSD Landkreis Erding“ wird mit folgenden Abschlusszahlen festgestellt, ferner wird die Entlastung erteilt:

Jahr 2009	
Bilanzsumme	100.174,01 €
Jahresverlust	27.626,67 €

Der Jahresverlust ist auf die neue Rechnung vorzutragen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 53 : 0 Stimmen**
(Ohne Kreisrätin Meister)

8. Haushaltswesen

Haushaltsberatung 2012

Vorlage: 2011/0971

Der Vorsitzende erklärt, dass beim Haushalt 2012 im Landkreis Erding die Schwerpunkte Bildung, Jugend und Familie, Gesundheit und Verkehrsstruktur gesetzt wurden. In einer idealen Schullandschaft wird den Kindern mit einem Gesamtvolumen von 12 Mio. € eine erfolgreiche Zukunft durch beste Ausbildungschancen gesichert. Im Bereich der Jugendhilfe wurde eine Aufstockung vorgenommen, z.B. beim Kreisjugendring von 146.000 auf 150.000 €. Das Jugendamt im Landkreis Erding verfügt über ein vielfältiges Spezialangebot, das andernorts vielleicht nicht oder nicht in dieser Ausprägung vorhanden ist, z. B. das Konzept für die Tagesmütter, die Koki-Stelle, die Personalmehrung im Bereich der Jugendhilfe, die Erziehungsberatung oder die Familiengerichtshilfe. Die Gesamtinvestition beträgt in diesem Bereich 15 Mio. €. Seit der Gründung des Kommunalunternehmens Kreiskrankenhaus im Jahr 2005 ist dieser Bereich zwar nicht mehr im Haushalt in Erscheinung getreten, die medizinische Versorgung im Stationärbereich ist dennoch hervorragend. Die Häuser in Erding und Dorfen sind beide durchsaniert und auf dem neuesten Stand. Trotzdem ist von Seiten des Landkreises eine entsprechende Unterstützung nötig. In diesem Jahr sind 1 Mio. € zusätzlich eingeplant, durch Auflösung von Rückstellungen kann nochmals 1 Mio. € zur Verfügung gestellt werden. Dafür konnte erst vor Kurzem eine erfolgreiche Telemedizin vorgestellt werden, es wurden 135 zusätzliche Parkplätze geschaffen, ein Linksherzkathetermessplatz und eine Abteilung Plastische Chirurgie eingerichtet. In Zusammenarbeit mit dem FAZ



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Dorfen wird in den nächsten Tagen auch ein 16-Zeiler CT den Betrieb aufnehmen. Dabei handelt es sich um ein modernes Gerät nach dem neuesten Stand der Technik. Im vergangenen Jahr wurde insgesamt 1,9 Mio. € in diesen Bereich investiert. Trotzdem werden aber weitere Investitionen benötigt. Zum Bereich Verkehrsstruktur merkt der Vorsitzende an, dass der Landkreis Erding als Flächenlandkreis einer besonderen Herausforderung im Hinblick auf den ÖPNV gegenübersteht. Die Gesamtausgaben in diesem Bereich betragen in diesem Haushaltsentwurf 6,5 Mio. €. Es werden ungefähr 3 Mio. Fahrgäste erwartet, die Gesamtkilometerleistung wird sich auf rund 2,2 Mio km belaufen. Pro Tag werden 6000 km zu 450 Haltestellen für die Bürgerinnen und Bürger zurückgelegt werden. Der Landkreis verfügt über 260 km Kreisstraßen und ein Radwegenetz von über 50 km. Diese Strecken müssen aber immer wieder ertüchtigt und ausgebaut werden. Es werden insgesamt ca. 3,1 Mio. € ausgegeben, und damit auch die Verkehrssicherheit deutlich erhöht. Bezüglich der Kreisumlage stellt der Vorsitzende fest, dass diese abweichend vom Beschluss des Kreisausschusses auf 54,76 % festgesetzt werden kann. Es liegt eine gesteigerte Kreisumlage auf Grund der vorläufigen Umlagekraftberechnung vor. Insgesamt stehen 983.000 € mehr zur Verfügung. Allerdings sind die Maßnahmen für Behinderte und Senioren auch sehr kostenintensiv, die Bezirksumlage wird daher um 1,1 % erhöht, ein Plus von 1,6 Mio. €. Für den Landkreis bedeutet dies also insgesamt eine Mehrbelastung von 650.000 €. Die Schlüsselzuweisungen werden in der nächsten Woche bekannt gegeben, momentan ist genau die Summe eingeplant, die der Landkreis im vergangenen Jahr erhalten hat. Die Schlüsselmasse wurde erhöht, der Bayerische Landkreistag hat in einem Schreiben mitgeteilt, dass zwei weitere Faktoren mit berücksichtigt wurden, der Demographiefaktor und die Gesamtschuldensituation der jeweiligen Gemeinden. Beide Fälle begünstigen den Landkreis Erding nicht, da dieser zum Einen über eine der jüngsten Bevölkerungen Deutschlands verfügt und es zum anderen nur wenige Landkreise gibt, die eine so solide Haushaltslage wie die 26 Kommunen des Landkreises Erding vorweisen können. Bis zum 31.12. des letzten Jahres hatten 11 Kommunen entweder mehr Festkapital als Schulden, oder aber gar keine Schulden. Die Erstellung des Haushaltsentwurfes erfolgte in einem transparenten Verfahren mit einer Vielzahl von Beschlusslagen, viele einzelne Positionen wurden nochmals genau überprüft. Die Personalkosten steigen auf Grund tariflicher Mehrausgaben um rund 1 Mio. €. In der Jugendhilfe belaufen sich die Mehrausgaben auf 340.500 €, im Bereich Bildungs- und Teilhabepaket 789.300 €, in der Sozialhilfe 171.250 €. Im Bereich der Schulen bewegen sich die Gesamtausgaben bei 12 Mio. €. Im ÖPNV gibt es eine Mehrung von 460.400 €. Zusätzlich wurde ein Fehlbetragsausgleich für das Krankenhaus in Höhe von 1 Mio. € eingeplant. Einsparungen können erzielt werden im Bereich der Grundsicherung (289.950 €) und durch eine Änderung der Beteiligungquote im SGB II Hartz 4 wegen des Bildungs- und Teilhabepaketes. Die Mehreinnahmen betragen hier 1.049.480 €. Auch die Zuführung zum Vermögenshaushalt wurde um 2.755.500 reduziert, in diesem Jahr wird lediglich die gesetzliche Mindestzuführung in Höhe von 1 Mio. € erreicht. In den verschiedenen Ausschüssen wurden Maßnahmen verschoben, zurückgestellt oder komplett gestrichen. Der Empfehlungsbeschluss des Kreisausschusses erging mit einer Kreisumlage von 55,21 %. Damit wäre eine um 1,7 Mio. € höhere Kreisumlage als im Vorjahr zu berechnen. Die Kreisumlage würde sich gegenüber dem versandten Entwurf von 56,35% auf 55,21% bzw. um 1.235.297 € verringern. Der Bauunterhalt konnte



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

insgesamt um 848.500 € reduziert werden, für den Kreisjugendring wurde ein Plus von 4000 € eingeplant, durch eine Wirtschaftsförderung zur Untersuchung von Windkraftanlagen kommt es zu Mehreinnahmen in Höhe von 51.000 €, die Zuführung zum Vermögenshaushalt wird auf die Mindestzuführung von 1.048.000 € erhöht. Nach der Sitzung des Kreisausschusses haben sich weitere Änderungen ergeben. Im Bereich Jugendhilfe sind die Heimkosten bei Minderjährigen zu hoch angesetzt, es kann eine Reduzierung um 160.000 € eingeplant werden. Des Weiteren erfolgt eine höhere Erstattungsleistung durch die Gemeinde Oberding und die Stadt Erding für die Linie 512 in Höhe von 20.000 €. Die Grunderwerbssteuer kann höher angesetzt werden, zusätzliche Einnahmen in Höhe von ca. 300.000 € werden eingeplant. Wenn alles mit eingeplant wird, würde sich die Kreisumlage von 55,21 % auf 54,76% verringern. Die Kreisumlage beträgt dann zum Ausgleich des Haushaltes 59.337.632 €. Die Mehrbelastung gegenüber 2011 beläuft sich auf 1.254.304 €. Die Einarbeitung dieser Veränderungen bedeutet ein Gesamtvolumen im Verwaltungshaushalt von 109.854.000 €, im Vermögenshaushalt 6.380.000 €. Der Gesamthaushalt beträgt somit 116.234.000 €. Er bedankt sich für die gute, konstruktive Zusammenarbeit in den Ausschüssen und bittet, dem Haushaltsentwurf zuzustimmen.

Kreisrat Schmidt weist auf den hohen Stellenwert des Themas Bildung im Landkreis Erding hin, z.B. bei Baumaßnahmen oder der multimedialen Ausstattung. Dabei handelt es sich um erhebliche und wichtige Vorhaben, mit denen der Landkreis über eine Zuschusssituationen einen Beitrag leistet. Das Konzept der multimedialen Ausstattung soll aber auch umgesetzt werden. Es macht keinen Sinn, die entsprechende Ausstattung zu schaffen wenn der Freistaat Bayern es nicht schafft, die Lehrer entsprechend zum Einsatz der Medien zu qualifizieren. Auch die Maßnahmen für das Krankenhaus hält er für notwendig. Ein wichtiger Punkt ist die Bezirksumlage. Dieser Punkt wird den Landkreis zukünftig immer mehr einengen, auf der anderen Seite stehen dem natürlich wichtige Maßnahmen entgegen. Es kann nicht sein, dass vom Bezirk Oberbayern im Ausgleich zu Gesamtbayern immer mehr Kosten und Ausgaben wahrgenommen werden. Dies bedarf einer notwendigen Änderung, daran sollten Kreistag, Landrat und der Bezirkstag arbeiten. Er hat großes Verständnis für die Kommunen, die über die steigende Kreisumlage klagen. Es gibt Unterschiede innerhalb des Landkreises in der Leistungsfähigkeit der Kommunen. Es handelt sich aber nicht allein um Kosten, sondern um Leistungen. Diese Leistungen werden für alle Bürgerinnen und Bürger im Landkreis erbracht, bei der jetzigen Kreisumlage von 54,76 % handelt es sich um eine Summe, die die Kommunen mittragen können. Bezüglich der freiwilligen Leistungen spricht er sich für den erhöhten Zuschuss an den Kreisjugendring aus, damit die gestiegenen Personalkosten abgedeckt werden können. Die Meinungen über die Bezuschussung von Prop und der Kath. Ehe- und Familienberatungsstelle gehen auseinander. Es wurde deutlich, dass Suchtberatung und Prävention sehr wichtige Maßnahmen sind. Allerdings ist festzuhalten, dass Prop weder einen Antrag gestellt, noch einen Bericht vorgelegt hat. Er schlägt vor, dass eine Abstimmung zwischen dem Gesundheitsamt und Prop erfolgt, falls Prop Präventionsmaßnahmen in irgendeiner Form für den Landkreis erbringt. Es sollte zudem ein Bericht vorgelegt werden, was für die Landkreisbürgerinnen und -bürger im Bereich Suchtprävention geleistet wird. Bei der Kath. Ehe- und Familienberatung ist die SPD-Fraktion weiterhin der Meinung, dass die Entscheidung aus dem letzten Jahr rückhängig



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

gemacht werden sollte. Die Pluralität der verschiedenen Träger wird gebraucht und die unterschiedlichen Möglichkeiten müssen genutzt werden, allerdings in Absprache zwischen dem Träger und der jeweiligen Stelle im Jugendamt. Die Katholische Ehe- und Familienberatungsstelle hat diesbezüglich eine ausdrückliche Presserklärung gegeben. Darüber besteht immer noch Diskussionsbedarf, die Höhe des Zuschuss kann ebenfalls noch einmal diskutiert werden. Es ist auch wichtig, deutlich zu machen, dass als Beispiel für Ehrenamtsförderung z.B. bei der Sportlerehrung eine Summe von 23.000 € ausgegeben wird. Zudem ist es auch notwendig, dass die Zufluchtsstellen für Frauen erheblich unterstützt werden, dies leistet auch einen wichtigen Beitrag für das soziale Miteinander im Landkreis Erding. Er möchte wissen, für was die 50.000 € an der Position „Kulturfonds“ verwendet werden, zum anderen gibt es bei der Städtepartnerschaft eine Erhöhung von 5000 € auf 15.000 €, die sicherlich notwendig ist, um die Partnerschaft zu stärken. Vor Kurzem hat Helmut Schmidt bei einer Rede in Berlin auf die Bedeutung Europas und die damit verbundenen Verpflichtungen hingewiesen. 1950 wurde der Beginn der europäischen Integration begründet. Dabei geht es nicht nur um Finanz- und Wirtschafts- sondern auch um soziale und personale Integration. Der Landkreis sollte hier seinen Beitrag leisten und überlegen, wie diese Städtepartnerschaft künftig ausgebaut und in andere Bereiche Europas ausgeweitet werden kann. Bei den Freiwilligen Leistungen wird die Position „Feiern und Ehrungen“ mit 38.000 € aufgeführt, ein Anstieg im Vergleich zu 2010 um 11.000 €, im Bereich „Veranstaltungen“ ist nichts aufgeführt. Es wurde beschlossen, dem Bündnis „Erding ist bunt“ einen Zuschuss für Sondermaßnahmen zu gewähren. Im Jahr 2011 wurde nichts abgerufen, für das Jahr 2012 plant das Bündnis aber, mehr Aktivitäten anzubieten und er bittet, einen Teil für derartige Veranstaltungen umzubetten und um die Zusicherung, dass das Erdinger Bündnis solche Anträge stellen kann. Er kritisiert, dass das Bündnis „Erding ist bunt“ keinen Zugang hatte beim Tag der Internationalen Begegnung in der Kreismusikschule. Gerade das Miteinander ist ein wichtiges Element, solchen Bündnissen und Initiativen sollte die Möglichkeit gegeben werden, dies zu pflegen. Er stellt fest, dass in der Hauptverwaltung „Personalpool“ 50.000 € für Aus- und Fortbildung eingestellt sind, in den verschiedenen Gruppierungen gibt es aber zusätzlich Ansätze für Aus- und Fortbildung, er fragt, inwieweit die hohe Summe notwendig ist. Zudem möchte er wissen, was sich hinter den 80.000 € für Öffentlichkeitsarbeit verbirgt. Er wünscht eine Gesamtaufstellung aller freiwilligen Leistungen, die der Landkreis gewährt. Eine Zusammenstellung findet sich zwar in Teil 12, dort sind aber nicht alle Leistungen aufgeführt. Die Auffassungen über Kooperationsmodell und Gemeinschaftsschule gehen in verschiedene Richtungen. Hier besteht noch erhöhter Diskussionsbedarf. Die Frage der Gemeinschaftsschule wird in der Zukunft entschieden. Sicherlich müssen die Auswirkungen von Kooperationsmodellen auf die Kommunen mit einbezogen werden. Die SPD-Fraktion stimmt dem Haushalt zu, im Namen der SPD-Fraktion dankt er dem Kreiskämmerer und den Mitarbeitern für die gute Vorarbeit und die zuverlässige Arbeit. Er dankt auch dem Vorsitzenden, den Fraktionsvorsitzenden und den Kolleginnen und Kollegen des Kreistages für die gute Zusammenarbeit im vergangenen Jahr. Sein besonderer Dank gilt Kreisrat Knur für die gute Zusammenarbeit in den vergangenen drei Jahren und er gratuliert Kreisrat Schwimmer zum neuen Fraktionsvorsitz. Er schlägt vor, die vorbereitenden Gespräche der Fraktionsvorsitzenden wieder aufzunehmen, dabei handelt es sich nicht um eine Vorentscheidung. Auch wenn nicht gewiss ist, was die



LANDKREIS
ERDING

Finanz- und Eurokrise noch an Unsicherheiten bringt, zeigt dieser Haushalt, dass es trotz der unsicheren Lage noch Handlungsspielräume für das Jahr 2012 gibt. Er schließt mit dem Zitat eines amerikanischen Unternehmensberaters: „Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen, ist sie selbst zu gestalten.“ Er wünscht eine gute Gestaltung im nächsten Jahr, eine frohe Weihnachtszeit.

Der Vorsitzende verliest zum Thema Kath. Ehe- und Familienberatungsstelle die Stellungnahme des Leiters der Abteilung 2, Dr. Maximilian Gromes: „Die Erziehungsberatung (FB 23) und die Familiengerichtshilfe/Trennungs- und Scheidungsberatung (SG21-4) nehmen die genannten Pflichtaufgaben der Beratung in Fragen der Partnerschaft, Trennung und Scheidung gemäß §17 SGB VIII, der Erziehungsberatung gemäß § 28 SGB VIII wie auch der Mitwirkung in Verfahren vor den Familiengerichten gemäß § 50 SGB VIII selbst wahr. Die Ehe-, Familien-, und Lebensberatungsstelle der Erzdiözese München-Freising bietet in diesem Bereich der Pflichtaufgaben keine Leistungen an, die inhaltlich von der Erziehungsberatung oder der Familiengerichtshilfe/Trennungs- und Scheidungsberatung nicht abgedeckt werden. Auch eine Wahrnehmung von Pflichtaufgaben für oder im Auftrag von landkreiseigenen Stellen erfolgt nicht.“ Es geht also ausschließlich um Bereiche, bei denen der Landkreis keine Zuständigkeit hat. Damit ist eine Förderung auch rechtlich zweifelhaft. Was über Jahre hinaus durchgeführt wurde, muss deswegen nicht schlecht sein, war aber nicht abgedeckt. Wenn es um Kinder geht, darf die Katholische Ehe- und Familienberatungsstelle die Beratungsleistung gar nicht wahrnehmen. In ganz Bayern gibt es seines Wissens nur drei selbstbetriebene Erziehungsberatungsstellen in den Landkreisen Neuburg/Donau, Starnberg und Erding. Es stellt sich die Frage, was ausgelagert werden soll. Es ist zu überdenken, wenn die Aufgabe erfüllt wird, einen generellen Zuschuss zu leisten. Rechtlich gesehen hat der Landkreis Erding aber keine Zuständigkeit für diesen Bereich. Bezüglich der Partnerschaft mit Bastia stellt der Vorsitzende fest, dass der erhöhte Zuschuss unterstützt wird. Es wurden bereits erste Erfolge erzielt, einige Schulen planen ihre Abschlussfahrt nach Bastia. Bei den Leistungen „Feiern und Ehrungen“ wurden die Positionen zusammengefasst, genau wie bei den Veröffentlichungen. In den einzelnen Fachbereichen gab es jeweils eigene Etats für Veröffentlichungen, es kam aber teilweise zu parallelen Abläufen, eine zentrale Organisation erscheint sinnvoller.

Büro des Landrats
BL

Herr Wirth erklärt zum Budget des Personalpools, dass verstärkt hausinterne Schulungen angeboten werden. 99% der Ausgaben für Schulungen in den Fachbereichen liegen im fachlichen Bereich. Der Fokus bei den hausinternen Schulungen liegt auf den Softskills, z. B. zum Thema Burnout, Führung, Motivation oder Stressmanagement.

Der Vorsitzende ergänzt zu der vorhandenen Aufstellung, dass es sich um die freiwilligen Leistungen handelt, die jährlich wiederkehrend sind und über 2500 € betragen. Andere freiwillige Leistungen, die darunter liegen und nicht automatisch wiederkehren sind nicht aufgeführt. Eine komplette Aufstellung bedeutet einen sehr hohen Verwaltungsaufwand, er bittet von einer derartigen Forderung abzusehen. Über größere Zuwendungen wird selbstverständlich in einzelnen Beschlusslagen entschieden. Aus dem ge-

nannten „Kulturfonds“ werden unter anderem das Fest der internationalen Begegnung, der Fassadenpreis oder die Jazztage mitfinanziert.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Kreisrat Treffler führt aus, dass es in den letzten Tagen hieß, die ödp vereinsamt zunehmend. So fühlt sich die ödp nicht, heute ist sogar einem Antrag der ödp ohne Gegenstimme zugestimmt worden. Die Schulsituation im Landkreis Erding ist zufrieden stellend. Die Ausgaben in der Jugendhilfe sind notwendig, die steigenden Kosten müssen akzeptiert werden. Gelder, die in Bezirk fließen kommen natürlich nicht immer den Bürgern genauso zu Gute, wie das mit Geldern ist, die von den Gemeinden an den Landkreis fließen. Trotzdem hält er es für sehr zufrieden stellend, dass über weitere Einsparungen die zunächst etwas erschreckende Kreisumlage nochmals gesenkt werden konnte. Dem Haushalt kann somit zugestimmt werden. Bezüglich der Wiedereinführung eines Zuschusses für die Katholische Ehe- und Familienberatungsstelle sieht er noch Diskussionsbedarf und bittet um Verständnis, seine Entscheidung gegenüber der im Kreisausschuss zu ändern. In der Kath. Ehe- und Familienberatungsstelle werden Dinge angeboten, die in dieser Form nicht vom Landkreis angeboten werden, auch Jugendliche können dort ein Beratungsangebot wahrnehmen. Viele andere Landkreise unterstützen die kath. Ehe- und Familienberatungsstelle. Der Zuschuss sollte wieder eingestellt werden, wenn er von der Finanzaufsicht genehmigt wurde. Er dankt für die gute Zusammenarbeit mit allen Mitarbeitern der Verwaltung, dem Vorsitzenden und allen Kolleginnen und Kollegen des Kreistages. Er wünscht ruhige Tage und ein gutes neues Jahr mit intensiven Diskussionen.

Der Vorsitzende antwortet im Hinblick auf die kath. Ehe- und Familienberatungsstelle, dass natürlich ein Angebot vorhanden ist, das die Erziehungsberatungsstelle nicht bietet, für das aber keine Zuständigkeit vorliegt. Die Erziehungsberatungsstelle bietet den staatlichen Anteil, der gesetzlich zu erfüllen ist. Frau Diemer wurde in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses gefragt, ob es Wartezeiten für die Beratung in der Erziehungsberatungsstelle gibt. Sie verneinte. Es stellt sich dann die Frage, warum weitere Einrichtungen finanziell unterstützt werden sollen, vor dem Hintergrund, dass es dann nicht bei der einen Stelle bleiben kann. Es gibt mehrere solcher privat betriebener Einrichtungen. Es darf nicht zwischen der katholischen Kirche und einem privaten Träger unterschieden werden.

Kreisrat Kellermann erklärt, dass die ursprünglich geplante Kreisumlage von 55,21 % für die Fraktion der Republikaner zunächst ein Grund war, darüber nachzudenken mit Nicht - Zustimmung zu dem Haushaltsplan ein Zeichen gegen diese Erhöhung zu setzen. Seit 2002 ergibt sich eine Steigerung von etwa 10% bei der Kreisumlage. Die Kommunen werden dadurch Jahr für Jahr mehr belastet. Natürlich wird der Landkreis von der stetig steigenden Bezirksumlage belastet. Auf der anderen Seite holt sich der Bezirk verständlicherweise die Gelder, die für Asylbewerber oder die Eingliederungshilfe anfallen. Es gibt zwar immer wieder Zuschüsse und Kostenübernahmen von oben, die aber immer an die Kommunen bzw. den Steuerzahler weitergegeben werden. Mit der heute angekündigten, moderaten Erhöhung der Kreisumlage dürften die Gemeinden klarkommen. Es zeigt sich, dass bei einem so großen Haushalt immer noch Einsparungen vorgenommen werden können. Sicherlich kann der Rotstift überall angesetzt werden. Bestimmte Aufgaben dulden keinen Aufschub, es gibt aber



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Bereiche, in denen Maßnahmen verschoben werden können. Es wurde beispielweise der gesamte Ausbau der Kreisstraße Moosen – Wambach verschoben weil die Straßenschäden noch nicht so gravierend sind, die Kosten betragen 450.000 €. Dann stellt sich die Frage, warum die Maßnahme an der Brücke über den Rechlfinger Bach mit Kosten in Höhe von 210.000 € nicht verschoben wird, um zunächst weitere Kosten einzusparen. Da der Landkreis über sehr viele Kilometer Kreisstraßen verfügt, muss künftig mehr auf die Finanzen geachtet werden. Die teilweise Erneuerung der Strecke Moosinning – Notzing hat zu Nachfragen von Bürgern geführt, warum die Straße saniert wird, wenn sie in ihren Augen in Ordnung ist. Natürlich gibt es Schäden, die nicht sofort erkennbar sind und rechtzeitig behoben vor weiteren Schäden schützen. Er bittet, künftig bei Straßenerneuerungen noch genauer zu prüfen, ob die Maßnahme nicht verschoben werden kann. Ein weiterer Punkt ist die Überteuerung mancher Straßenbaumaßnahmen, eine Maßnahme in Moosinning kostete 240.000 € mehr als ursprünglich geplant, weil aus Sicht der Fachleute Probleme aufgetreten sind. Hier sollten zukünftig Experten entscheiden, bevor Kostenvoranschläge entgegen genommen werden. Bei genauerer Betrachtung könnten sicher auch Einsparungen an den freiwilligen Leistungen vorgenommen werden. Bei Neuanschaffungen muss es nicht immer das Beste und das Teuerste sein. Er mahnt auch die finanziellen Auswüchse an, die bei der Sanierung von manchen Gebäuden z.B. auf Grund von Flachdächern entstehen. Finanzielle Aspekte sollte bei zukünftigen Bauten mehr berücksichtigt werden. Bei Investitionen an Schulen und öffentlichen Gebäuden im Hinblick auf die Inklusion geht es auch darum, diese behindertengerecht zu machen. Es muss darauf geachtet werden, nicht zuviel des Guten zu tun, es reicht wenn an einer Schule eine von zwei Turnhallen behindertengerecht ausgebaut ist. Das muss natürlich von Fall zu Fall entschieden werden. Kreisrat Kellermann dankt für die Aufmerksamkeit und wünscht frohe Weihnachten.

Der Vorsitzende erklärt bezüglich der Straßenbaumaßnahmen, dass eine Sanierung der Brücke in Geislbach bereits im Vorfeld nach Absprache mit dem staatlichen Bauamt sinnvoll erscheint. Bei einer Brücke kann man nur schwer abschätzen, wie lange sie noch stand hält. Die Bauphasen von Straße und Brücke sind zeitlich ohnehin nur schwer miteinander zu verknüpfen. Zu den Anregungen von Kreisrat Kellermann merkt er an, dass tatsächlich viele Einzelpositionen geprüft wurden, die letzten 0,45% im Vergleich zum Beschluss des Kreisausschusses ergeben sich aus der Information über ein mögliches größeres Grundstücksgeschäft. Zudem hat Herr Grabert mitgeteilt, dass im Bereich der stationären Jugendhilfe momentan nicht so viele Kapazitäten benötigt werden.

Kreisrat Els stellt fest, dass der Stellenplan für Beamte im Haushaltsentwurf 2011 60,5 Stellen aufweist, tatsächlich sind 41,72 Stellen besetzt. Er möchte wissen, woraus sich diese Differenz ergibt und wie es für das Haushaltsjahr zu einer Steigerung auf 63 Stellen kommt. Bei den Beschäftigten werden für das Haushaltsjahr 2011 269,07 Stellen ausgewiesen. Tatsächlich sind 258,46 Stellen besetzt. Im Haushaltsentwurf 2012 sind 283,17 Stellen eingeplant. Im Hinblick auf die Erhebung der Stadt Erding zur großen Kreisstadt fragt er, wie viele Kreisbedienstete im Landratsamt in welchem Umfang Staatsaufgaben wahrnehmen und umgekehrt. Gegebenenfalls sind Einsparungen im Personal möglich. Der vorgelegte Haus-



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

haltsentwurf ist inhaltlich gut, dennoch ist er eigentlich nicht zufrieden. Unbestritten sind die Leistungen des Landkreises im Bereich Schulen, freiwillige Leistungen, Straßenbaumaßnahmen etc. Der Nominalbetrag der Kreisumlage von 59,337.636 € ist nicht zufrieden stellend. Im Jahr 2001 hat die Gemeinde Forstern 1,3 Mio. an Kreisumlage bezahlt. Im Jahr 2012 sind erneut 1,3 Mio. zu entrichten, mit dem Unterschied, dass der Betrag damals in DM heute in € zu bezahlen ist. Die Steigerung beträgt nahezu 100%. Wenn die Kreisumlage in dieser Form akzeptiert wird, könnten die Leistungen auch mit dem gesamten Nominalbetrag aus dem Jahr 2011 erbracht werden. Es wird nicht mehr viele Gemeinden geben, die von ihrer Gewerbesteuer leben können, sie leben als Kostgänger des Staates durch die Einkommensteueranteile, Schlüsselzuweisungen und Bedarfsmittel. Im nächsten Haushaltsjahr muss versucht werden, auch den Nominalwert der Kreisumlage einzufrieren. Der Appell, die Kommunen wieder auf neue Beine zu stellen geht auch an den Bundestagsabgeordneten Lehmer und Landtagsabgeordneten Schwimmer. Gemeinden, Landkreis und Bezirk bilden eine kommunale Familie. Wenn die Gemeindefinanzierung anders gedeckt wird, braucht auch nicht darüber diskutiert werden, ob die Kreisumlage zu hoch ist. Er bittet für das nächste Jahr bereits bei den Vorbereitungen in den Ausschüssen um die Vorlage eines ersten Haushaltsentwurfes. Sonst handeln die Ausschüsse ins Blaue ohne Wissen über die Auswirkungen auf den Gesamthaushalt. Auch die Vorbesprechungen der Fraktionsvorsitzenden waren sehr sinnvoll, diese verliefen zum Wohl des Kreistages. Er wünscht allen Anwesenden alles Gute für das neue Jahr in der Hoffnung, dass der Nominalwert der Kreisumlage eingefroren werden kann.

Der Vorsitzende erklärt sich mit diesem Vorhaben grundsätzlich einverstanden, wenn die anderen Parameter wie die Bezirksumlage auch eingefroren werden könnten. Bis auf eine Gemeinde im Landkreis haben alle sehr stattliche Rücklagen während der Landkreis für diesen Haushalt die letzte Rücklage mit verplant hat. Es wurde alles unternommen, die Kreisumlage nicht weiter als nötig ansteigen zu lassen. Bereits im letzten Jahr wurde die Rücklage mit 3,9 Mio. € in Anspruch genommen, in diesem Jahr wurden 2,5 Mio. € mit eingeplant, im nächsten Jahr besteht so eine Möglichkeit nicht. Es sind aber auch externe Einflüsse vorhanden. Der ÖPNV ist eine Leistung für die Bürgerinnen und Bürger, das Defizit von 2 Mio. € muss über die Umlage bezahlt werden. Es bedeutet eine Steigerung der Lebensqualität, wenn man nicht in einem Siedlungsschwerpunkt lebt und trotzdem auf den ÖPNV zurückgreifen kann.

Kreisrat Jobst gibt an, dass er wohl als Einziger dem Haushalt nicht zustimmen wird. Im Investitionshaushalt ist für die Entwicklung der FOS/BOS immer noch ein größerer Betrag offen, der dem Landkreis zu Gute kommen müsste. Solange das nicht geklärt ist, wird er dem Haushalt nicht zustimmen.

Der Vorsitzende antwortet, dass sich Kreisrat Jobst diesbezüglich an verschiedene Institutionen, wie die Regierung von Oberbayern, das Innen- und das Kultusministerium und den Bayerischen Landtag gewandt hat. Die Regierung von Oberbayern hat in einem Schreiben angekündigt, dass keine weiteren Prüfungen durchgeführt werden, bis der Verwendungsnachweis vorgelegt wird. Der Landkreis sieht weder Veranlassung noch eine

Möglichkeit, den von Kreisrat Jobst angesprochenen Betrag einzuplanen. Diese Summe hätte auch keine Auswirkungen auf die Kreisumlage, sondern wäre Teil des Investitionsplans.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Kreisrat Schwimmer hält es für wichtig, vor der Zustimmung zum Haushalt auch den Blick in die Zukunft zu wagen. Es können nicht viele Schrauben gedreht werden um den Haushalt entscheidend bei der Festsetzung des Hebesatzes in die richtige Richtung zu bewegen. Die größten Beträge werden in die Schulen investiert, im Jahr 2004 lag der Zuschussbedarf bei 4 Mio. €, heute bewegt sich die Summe bei 11 Mio. €. Die Schullandschaft hat sich verändert, die Klassen sind kleiner geworden. Die Übertrittszahlen haben sich im weiterführenden Schulbetrieb von 45 auf 65% erhöht. Die FOS/BOS und das Gastrozentrum sowie die verschiedenen Erweiterungen an den Schulen führen natürlich zu einer Mehrung des Zuschussbedarfs. Es geht um die Zukunft des Landkreises. Auch im Bereich der sozialen Sicherung sind die Ausgaben sehr hoch. Im Jahr 2002 lag die Bezirksumlage bei 17,2 Mio. €, 2012 bei 26,8 Mio. €. Die Bedarfszahlen der betroffenen Menschen steigen ständig. Die medizinischen Entwicklungen sind mittlerweile soweit, dass auch Menschen mit Behinderungen eine höhere Lebenserwartung haben. Die Kommunen dürfen aber nicht überfordert werden. Die Gesetzgeber haben in der Vergangenheit im SGB- Bereich häufiger die Kosten auf die Kommunen abgewälzt. Die Kosten für die Grundsicherung werden dafür jetzt sukzessive bis 2014 vom Bund übernommen. Das ist der richtige Einstieg und die einzige Möglichkeit um die Umlagesätze in Griff zu bekommen. Es laufen Finanzausgleichsverhandlungen zwischen Bund und Ländern und es wurde bereits eine Einigung erzielt. Die Umsetzung liegt in den Händen der Finanzpolitiker und wird einige Jahre in Anspruch nehmen. Die Ungleichgewichtung zwischen den Bezirken liegt daran, dass sich diese nicht einig werden können. Der Bezirk Oberbayern hat eine Mehrheit gegen sich. Das Finanzministerium wurde beauftragt, die Möglichkeit zu prüfen, die oberbayerischen und schwäbischen Landkreise über die Schlüsselzuweisen soweit auszustatten, dass eventuell ein Ausgleich geschaffen werden kann. Er bedankt sich bei Kreisrat Knur für die vorzügliche Führung der CSU-Fraktion in der Vergangenheit, bei Herrn Landrat und seiner Verwaltung für den transparent aufgestellten Haushalt. Er spricht sich ebenfalls für die Wiedereinführung der Vorbesprechungen aus und wünscht ein Frohes Weihnachtsfest. Er bittet um Zustimmung zum Haushaltsentwurf.

Der Vorsitzende nimmt die Anregung wegen der Fraktionsführerbesprechungen gerne auf. Auf seinen Vorschlag hin fanden ab dem Jahr 2004 die gemeinsamen Haushaltsvorberatungen statt. Darüber gab es dann unterschiedliche Meinungen, nachdem die Beratungen in dieser Form nicht mehr gewünscht waren, wurden sie in den beiden letzten Jahren abgesetzt. Wenn es zu einer Einigung zwischen den Fraktionen kommt, werden die Beratungen gerne wieder aufgenommen. Die Regierung von Oberbayern hat mitgeteilt, dass alle vertretenen Gruppierungen mit einbezogen werden müssen, bei einer Ablehnung durch Einzelne ist die Durchführung also schwierig.

Kreisrätin Dieckmann bringt den von ihr und Kreisrätin Vogelfänger gestellten Antrag zur Sprache, die Kath. Ehe-, Partnerschafts- und Familien-

beratungsstelle erneut zu bezuschussen. Ansonsten hat sie Schwierigkeiten, dem Haushalt zuzustimmen.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Kreisrätin Vogelfänger stellt den Antrag, Prop trotz des verspäteten Antragseingangs zu bezuschussen. Als ehemalige Bezirksrätin ist sie der Meinung, dass dadurch die Schwachen unterstützt werden. Es handelt sich um eine Einrichtung, die im Präventivbereich sehr engagiert ist. Andere Landkreise wie Freising unterstützen Prop, die Suchtprävention für Jugendliche bis 18 Jahre wird nicht vom Bezirk unterstützt. Dieser Bereich macht 30 – 50 % einer Stelle aus. Prop hat sich im April im Jugendhilfeausschuss vorgestellt, die Meinung war dahingehend, dass die Einrichtung zuschusswürdig ist.

Der Vorsitzende verliest dazu die Erklärung von Frau Schmidt, die im staatlichen Bereich des Landratsamtes tätig ist: „1. Was macht Prop, was macht das Gesundheitswesen? Prop Erding leistet Suchtberatung am Klienten, d. h. ambulante Therapie sowie Vermittlung in stationäre Therapien. Durch Bestrebungen von Dr. Hierl erhielt Prop vor ca. zwei Jahren eine ganze Stelle vom Bezirk Oberbayern finanziert, für einen suchtkranken Personenkreis, der sehr schwer zu erreichen ist. Hier sind Hausbesuche und Motivationsarbeit erforderlich, da das Klientel nicht unbedingt behandlungsbereit ist, bzw. Doppeldiagnosen vorliegen. Diesen Personenkreis betreuten wir vor der Stellenschaffung bei Prop mit. Es handelt sich vorrangig um selbstgefährdete Personen, die weitgehend krankheitsunseinsichtig sind. Seit dieser Stellenschaffung kümmert sich das Gesundheitswesen um das Clearing im CDVG-Fällen und versucht, die Betroffenen für eine Motivationsbehandlung zu gewinnen und an Prop anzubinden. Die Stelle läuft bei Prop als „Homework“- Stelle. Zusätzlich zum Clearing bei suchtkranken, schwer zu erreichenden Personen, kümmert sich das Gesundheitswesen um Personen, die sich nicht oder nicht mehr bei Prop anbinden lassen sowie psychisch kranke Personen und Verwahrlosungsfälle.“ Prop hat die Stelle also in Absprache mit dem staatlichen Gesundheitsamt erhalten. Es kann nicht sein, dass die Stelle vom Bezirk bei Prop angesiedelt und gleichzeitig durch den Landkreis bezuschusst wird, die Stelle wird zurückgeholt. „Im Bereich der Prävention wurde im Gegenzug vereinbart, zur oben genannten Stellenschaffung zwischen Herrn Dr. Hierl und Herrn Pölsterl verabredet, dass die Präventionsaufgaben im Landkreis durch das Gesundheitswesen des Landratsamtes abgedeckt werden. Prop Freising wird aber meines Wissens punktuell für Schülermultiplikationsseminare (Gymnasien) engagiert, die Bezahlung läuft, soviel ich weiß, über Eltern und andere Sponsoren, z.B. Rotaryclub. Der größte Teil der Prävention wird durch das Gesundheitswesen geleistet, das FreD-Projekt für erstaufrällige Cannabis-Konsumenten läuft über Prop Freising auch für Erdinger Jugendliche. Wie bereits in meinem letzten Schreiben (Stellungnahme für den Jugendhilfeausschuss) erwähnt, wird durch den Alkoholmissbrauch strafrechtlich auffällig gewordene Jugendliche vom Jugendgericht mittlerweile ebenfalls zur Teilnahme an einem Angebot (5 Gespräche) verpflichtet.“ Es gibt also eine klare Absprache, dass der Präventionsbereich beim Landratsamt liegt und Prop dafür eine Stelle bekommt. Die Absprache wurde nicht eingehalten, der Zuschuss wurde beantragt. Bisher wurden die Fakten immer in nichtöffentlicher Sitzung dargestellt, sie sollen aber nicht weiter zurück gehalten werden, da sie für die Entscheidungsfindung und das Abstimmungsverhalten von wesentlicher

Bedeutung sind. Der Vorsitzende lässt daraufhin über folgenden Antrag abstimmen:

Prop soll mit 5000 € bezuschusst werden

Abstimmungsergebnis: **Ablehnung** mit 43 : 11 Stimmen

Der Vorsitzende bittet Kreisrätin Dieckmann, den genauen Antrag zur Bezuschussung der Kath. Ehe- und Familienberatung unter Nennung der Summe zu formulieren.

Kreisrätin Dieckmann erklärt, dass sie im Jugendhilfeausschuss einen Antrag gestellt hat, dass sich die Kath. Ehe-, Partnerschafts- und Familienberatung dort vorstellen kann. Dem wurde bisher nicht statt gegeben. Im November fand die letzte Jugendhilfeausschusssitzung statt. Sie verliest Auszüge aus dem Zuschussantrag: „ Die Ehe- und Familienberatung wird zunehmend von Landkreisbürgern in Anspruch genommen. Von 314 Fällen im Jahr 2010 waren 24 % Trennungs- und Scheidungsberatung, in denen es auch immer um das Wohl des Kindes geht. In 7% der Fälle wurde reine Familienberatung in Anspruch genommen, d.h. auch Jugendliche und Kinder sind direkt mit einbezogen. In 3,2% der Fälle standen Sorge-rechts- und Umgangsfragen, also auch das Wohl des Kindes im Mittelpunkt. 1% der Beratung wurde direkt von Jugendlichen in Anspruch genommen. Für unsere Bürgerinnen und Bürger ist es zudem wichtig, eine alternative Beratungsstelle in Erding in Anspruch nehmen zu können, die einen konfessionellen Hintergrund hat. Ehe- und Familienberatung ist wichtige Prävention, die vor allem Kinder und Jugendliche in ihren Familien betrifft.“ Sie verweist auf das Wahlrecht für Bürger, sich nicht nur an eine einzige Stelle im Landkreis wenden zu können. Nach dem Subsidiaritätsprinzip muss auch nicht Alles durch den kommunalen Träger im eigenen Haus angeboten werden, die freien Träger sollen Vorrang haben. Bei dieser Stelle werden im Gegensatz zu privaten Anbietern keine Gebühren erhoben. Alle Landkreise der Erzdiözese München-Freising halten die Ehe- und Familienberatungsstelle für wichtig und leisten im Gegensatz zum Landkreis Erding einen Zuschuss. Aus der Presseerklärung geht hervor, dass seit diesem Jahr keine Auftragsberatung mit hochstrittigen Fragen mehr durchgeführt werden kann, da der Landkreiszuschuss gestrichen wurde. Sie formuliert folgenden Antrag:

Die Kath. Ehe-, Partnerschafts-, und Familienberatungsstelle soll im Haushaltsplan 2012 einen Zuschuss in Höhe von 12.400 € erhalten.

Abstimmungsergebnis: **Ablehnung** mit 37 : 17 Stimmen

Herr Wirth gibt auf Wunsch des Vorsitzenden weitere Erklärungen zum Stellenplan. Es werden im Beamtenbereich volle Stellen eingeplant. Im Bereich der Beschäftigten schlagen zu Buche zum einen Aufgabenerweiterungen, z.B im Bildungs- und Teilhabepaket und bei den Amtsvormundschaften. Es gab vom Gesetzgeber eine Fallzahlbegrenzung von 50 Mündel pro Sachbearbeiter. Im Bereich der Integrierten Leitstelle muss ein 24-Stundenbetrieb gewährleistet sein, es gibt Überlegungen, eine weitere Stelle zu schaffen. Im Stellenplan ist eine Stelle für die Geschäftsführung in der Airfolgsregion Freising und die Assistenz eingeplant.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende verliest daraufhin folgenden Beschlussvorschlag:

KT/0099-14

1. Das Investitionsprogramm wird festgestellt.
2. Der Finanzplan 2011 – 2015 wird genehmigt.
3. Der Stellenplan 2012 wird genehmigt.
4. Die Kreisumlage 2012 wird mit einem Umlagesatz von 54, 76 % festgesetzt.
5. Der Haushaltsplan 2012 wird genehmigt und die Haushaltssatzung 2012 erlassen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 53 : 1 Stimmen**

(Gegenstimme: Kreisrat Jobst)

Herr Helfer ergänzt, dass gestern Nachmittag die aktuellen Zahlen eingearbeitet wurden. In den nächsten beiden Wochen werden die Kreisräte per Post über die Gesamtänderungen informiert.

9. Bekanntgaben und Anfragen

9.1. Ehrungen für KR Utz und KR Kuhn

Der Vorsitzende ehrt Kreisrat Utz und Kreisrat Kuhn im Auftrag von Staatsminister Joachim Herrmann für ihr langjähriges, verdienstvolles Wirken in der kommunalen Selbstverwaltung. Er verliest den Text der ausgehändigten Urkunde:

„Im Namen des Freistaates Bayern spreche ich Herrn Günther Kuhn, Mitglied des Kreistages Erding für sein langjähriges, verdienstvolles Wirken in der kommunalen Selbstverwaltung meine Anerkennung aus. Der Bayerische Staatsminister Joachim Herrmann“

„Im Namen des Freistaates Bayern spreche ich Herrn Peter Utz, Mitglied des Kreistages Erding für sein langjähriges, verdienstvolles Wirken in der kommunalen Selbstverwaltung meine Anerkennung aus. Der Bayerische Staatsminister Joachim Herrmann“

9.2. Antrag auf Errichtung einer staatlichen Fachakademie im Landkreis Erding

Der Vorsitzende erklärt, dass er bezüglich des Antrages auf Errichtung einer staatlichen Fachakademie für Sozialpädagogik ein Schreiben erhalten hat, nach dem diese nicht im Landkreis Erding sondern an der Berufsschule in Freising errichtet wird. Dort besteht bereits eine Schule mit sozialpädagogischem Ansatz die sich mit der Fachakademie ergänzen würde, auch in Bezug auf die Lehrerkapazität. Der Minister ergänzt aber zur Frage eines Kooperationsmodells von Mittelschule und Realschule: „Das Weitere sollte zunächst in einem Gespräch abzuklären sein.“ In einem Telefo-

nat wurde bestätigt, dass wenn der Bedarf zahlenmäßig zu belegen ist, der grundsätzliche Wille für die Genehmigung einer Schule im Kooperationsmodell da ist. Das Kooperationsmodell bedeutet zwei selbstständige Schulen, die sich lediglich unter einem Dach befinden.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

9.3. Digitalfunk im Landkreis Erding

Der Vorsitzende teilt zum Stand Digitalfunk mit, dass Infoveranstaltungen im September und Oktober 2011 bei der Projektgruppe Diginet des Staatsministerium des Inneren statt gefunden haben. Danach ist nun über die Erstteilnahme am erweiterten Probetrieb der einzelnen Einrichtungen zu beraten. Am 08.11.2011 fand die zweite Sitzung der Arbeitsgemeinschaft Digitalfunk beim ZRF Erding statt, mit Festlegung, wer am 14.12. 2011 an der Kick-off Veranstaltung in München teilnehmen soll. Beschlussfassungen wurden bereits getätigt von den Landkreisen Ebersberg und Freising sowie in den Gemeinden und Städten aller drei Landkreise. Der Landkreis Erding hat schon zu einem früheren Zeitpunkt über die Teilnahme beschlossen und auch der Zweckverband hat sich dabei am 09.12.2011 über die Teilnahme am erweiterten Probetrieb Digitalfunk mit Ermächtigung des Verbandsvorsitzenden zur Abgabe der entsprechenden Teilnahmeerklärung ausgesprochen. Für den Landkreis Erding müsste der Kreistagsbeschluss vom 20.12.2010 ausreichen, da mit der Einführung des Digitalfunks ab dem Jahr 2014 auch die Teilnahme am Probetrieb zusammenhängt. Alle Beteiligten, also die drei Landkreise des ZRF nehmen am erweiterten Probetrieb des Digitalfunks teil. Die Zeitschiene sieht folgendermaßen aus: Abgabe der Teilnahmeerklärung bis 01.03.2012, Beginn der Migrationsphase ab 01.07.2012, Beginn des erweiterten Probetriebs ab 01.07.2013. Zur Kickoff-Veranstaltung am 14.12.2011 sind aus dem Zuständigkeitsbereich des Zweckverbands zur Rettungsdienst- und Feuerwehralarmierung insgesamt 28 Teilnehmer anwesend gewesen. Bei dieser Veranstaltung wurden weitere Informationen und Handlungsaufträge für die regionale Projektgruppe gegeben. Auch die weiteren Vorgehensweisen im staatlichen Bereich wurden besprochen, trotzdem geht es um die Beschaffung der Geräte, den Landkreishaushalt und eben auch die Haushalte der Städte, Märkte und Gemeinden.

9.4. Appell von Kreisrätin Mayr wegen Unterschriftenliste gegen Flächenverbrauch

Kreisrätin Mayr erklärt, dass der Bayerische Bauernverband mit Kreisobmann Schwimmer eine Unterschriftenaktion für eine Petition des Deutschen Bauernverbands zum Thema „Flächenverbrauch senken – Landwirtschaftliche Nutzflächen schützen“ startet. Es wird ein Gesetz zum Flächenschutz gefordert. Täglich gehen 90 ha an landwirtschaftlichen Nutzflächen durch Überbauung verloren. Die Fläche entspricht 120 Fußballfeldern. Vom Ziel der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, den Flächenverbrauch bis 2020 um 30 % zu senken ist man noch weit entfernt. Der naturschutzrechtliche Ausgleich ist so zu gestalten, dass nicht noch mehr Flächen zur Erzeugung von Nahrungsmitteln und nachwachsenden Roh-

stoffen verloren gehen. Sie bittet, die Forderungen des Deutschen Bauernverbands mit einer Unterschrift zu unterstützen.



Der Vorsitzende ergänzt, dass die Entscheidung jeder für sich selbst treffen kann. Es bedarf keiner Resolution der Landkreis hat hier auch keine Zuständigkeit.

LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

9.5. Anfrage von Kreisrätin Eichinger zur Verschiebung von Sitzungsterminen

Kreisrätin Eichinger bittet, dass die Sitzungen zukünftig möglichst wenig verschoben werden. Im letzten Quartal wurden von 14 Sitzungen 5 verschoben.

Der Vorsitzende antwortet, dass für die Verschiebung der Kreis Ausschuss- und der heutigen Kreistagssitzung zwei Termine verantwortlich waren. Zum Einen findet am 19. Dezember das geplante Gespräch mit den drei Ministern und Landrat Schwaiger zum Thema Sonderleistungen und Sonderfinanzzmittel im Flughafenbereich statt. Der Termin war nicht anders zu koordinieren. Zum geplanten Termin der Kreis Ausschusssitzung fand die Verkehrskonferenz mit Bundesminister Ramsauer statt. Ansonsten sind keine Verlegungen geplant und es wird möglichst auf den bestehenden Terminplan zurück gegriffen.

9.6. Anfrage von Kreisrätin Meister wegen Fortschreibung Jugendhilfeplan

Kreisrätin Meister stellt fest, dass der bestehende Jugendhilfeplan bereits einige Jahre alt ist. Er muss wie auch die anderen Hilfepläne fortgeschrieben werden. Sie möchte wissen, wann mit der Fortschreibung zu rechnen ist.

Der Vorsitzende erklärt, dass die Jugendhilfepläne seines Wissens gesetzlich vorgeschrieben sind. Der Abteilungs- und der Fachbereichsleiter werden dazu rechtzeitig Informationen geben und Vorbereitungen treffen.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, beendet der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung des Kreistages um 16:25 Uhr.

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer
Landrat

Claudia Kirmeyer
Verwaltungsangestellte